

Kreise contra Land: Strukturreform gerät ins Stocken

Kiel - „Effektiver“, „günstiger“, „näher am Bürger“ - glaubt man den Landräten und Kreispräsidenten, dann könnten zahlreiche Verwaltungsaufgaben wesentlich besser erledigt werden, wenn sie das Land komplett auf die kommunale Ebene übertragen würde. Doch die von der Landesregierung selbst angeschobene Reform kommt nicht so schnell voran wie erwartet. Kreispräsident

Johannes Petersen, Vorsitzender des Landkreistages, befürchtet sogar, dass das Projekt als Hängepartie enden könnte. „Die Landesregierung darf sich nicht länger vor einer Entscheidung drücken. Sie muss jetzt sagen, was sie will“, forderte Petersen gestern. Hintergrund: Seit November 2003 liegt ein Angebot des Landes vor, wonach zum Beispiel Aufgaben im Bereich der Dorf- und ländli-

chen Regionalentwicklung auf die Kommunen übertragen werden könnten. „Das ist aber zu kurz gefasst“, findet Petersen. „Wir sind in der Lage, mehr zu übernehmen.“ In einer Stellungnahme schlagen die Kreise daher unter anderem eine „Bodenmanagementbehörde“ vor, in der das Katasterwesen aufgehen könnte. Auch in der Wasserwirtschaft sei mehr möglich. Von Seiten des Landes werde

jedoch die „Aktion Schiebeverfü- gung“ wiederholt, kritisierte Nordfrieslands Landrat Olaf Bastian. Die Bremser will er dabei vor allem im Umweltministerium ausgemacht haben. „Doppelstrukturen“ und „lange Verwaltungswege“ könne sich das Land aber nicht länger leisten. Rückendeckung erhielt er sogar von der SPD-Fraktion: „Wir erwarten von der Landes- regierung, dass die Verhand-

lungen ohne Tabubereiche ge- führt werden.“ Und: Die SPD werde nicht zulassen, dass „aus Gründen des Machterhalts“ - speziell in der Umweltverwal- tung - „gemauert und blo- ckiert“ werde. Davon könne laut Finanzminister Ralf Steg- ner aber ohnehin nicht die Rede sein. „Wir sind bereit, über alles zu reden“, sagte er den KN. Das Problem liege woanders: „Ob- wohl in den Kommunen nahezu

überall CDU-Mehrheiten am Ruder sind, benehmen sich die Kommunalverbände teilweise wie Hund und Katze.“ Stegner räumte daher ein: „Manches wird vor der Wahl nicht mehr umzusetzen sein.“ Trotzdem gebe es keinen Stillstand. „Das Land hat seine Hausaufgaben gemacht. Und die Uneinigkeit der Kommunen darf nicht dazu führen, dass auf Dauer nichts passiert.“

std

KN 12.6.04, S. 6